

Claudia Roth ist dafür berüchtigt, dass sie immer das Gute will. Zwar spendet sie manchmal antisemitischen Reden freundlich Beifall oder gibt mit naiv anmutender Freude einige geraubte Kunstgegenstände persönlich zurück, doch wird die grundsätzliche Inadäquanz ihres Handelns von vielen lediglich als Fauxpas auf dem Weg zu einer besseren Welt gewertet. Anders als ihre Kollegin Baerbock verkörpert

innerung« nichts. Denn die Verknüpfung verschiedener Erinnerungsthemen mag zwar zu einem Mehr an Erinnerung führen, aber nicht notwendigerweise zu einem tieferen Verständnis des Erinnerten.

Bis zum Wendejahr 1989 prägten zwei durchaus unterschiedliche konservative Politiker die Vorstellungen der Erinnerungsformen. Helmut Kohl samt seinem Beraterkreis war der eine. Mit offen formuliertem instrumentellen Interesse (»Wer die Erinne-

und Kommunismus« in ein hegemonistisches Geschichtskonzept fassten. Als praktische Konsequenz folgte 1999 die erste Gedenkstättenkonzeption, die dann 2008 auf Drängen von CDU und CSU im Rahmen der damaligen Großen Koalition »fortgeschrieben« wurde. Nach einer fast das ganze Jahrzehnt andauernden Auseinandersetzung wurde zwar die herausgehobene Stellung des Holocaust bestätigt und die deutlich abweichende sächsische Geschichtsauffassung mo-

Doppelfehler

Claudia Roths Entwurf einer links-liberalen erinnerungspolitischen Wende ist gescheitert. Von Rolf Surmann

sie nicht die »Zeitenwende«, sondern eher den altgrünen »Aufbruch nach vorne«.

Als Staatsministerin für Kultur und Medien ist es ihr im Koalitionsvertrag aufgetragen worden, die deutsche Erinnerungspolitik neu zu ordnen. Das mag auf den ersten Blick überraschen. Denn Erinnerung gehört nach der Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker im Jahr 1985 zu einem vermeintlich unverrückbaren Grundstein neudeutschen Selbstverständnisses. Sie war legitimatorische Voraussetzung für den Anspruch, andere Staaten nicht nur am hiesigen Weltverständnis teilhaben zu lassen, sondern sie – wie schon der Militäreinsatz zur Verhinderung eines »zweiten Auschwitz« im Jugoslawienkrieg zeigte – gegebenenfalls auch militärisch zur deutschen Ordnung zu rufen.

Warum also jetzt der Versuch einer Reform der »Erinnerungskultur«, mit der bisher nicht nur das generelle Aufarbeitungsversagen nach 1949 übertüncht worden war, sondern mit der Deutschland auch ziemlich erfolgreich durch die Welt zog? Bevor man sich dieser Frage zuwendet, muss eine weit verbreitete Auffassung korrigiert werden. Erinnerung, auch die deutsche, ist keinesfalls so fixiert, wie Erinnerungskalender, gesellschaftliche Inszenierungen und rituelle Reden es vermuten lassen. Auch sagt das bloße Erinnern nichts darüber aus, ob dem zugrundeliegenden Anlass entsprochen wird. Immer bedarf es eines Klärungsprozesses, woran, warum und wie erinnert werden soll. Insofern ist gesellschaftliches Erinnern notwendigerweise mit wissenschaftlicher Aufarbeitung verbunden. Hieran ändert auch der von postkolonialer Seite in die Diskussion gebrachte Begriff der »multidirektionalen Er-

nung füllt ... und die Vergangenheit deutet, gewinnt die Zukunft«) versuchte er eine national orientiertes Geschichtsverständnis zu etablieren. Sein Gegenpart war Richard von Weizsäcker, der mit einem gesellschaftlich integrierenden und zugleich befreienden Gestus (Erinnerung als Erlösung) die Deutschen mit ihrer Geschichte aussöhnen wollte. Nach 1989 setzte der Bundestag zwei Enquete-Kommissionen ein, die unter dem Vorzeichen der Totalitarismustheorie die »zwei Vergangenheiten Nationalsozialismus

difiziert (siehe **konkret 5/24**), aber es wurden auch stärkere nationale Akzente gesetzt (Einheitsdenkmal) und die SBZ/DDR-Geschichte unter Hervorhebung des »antitotalitären Konsenses« undifferenziert unter dem Kommunismus-Begriff des Kalten Kriegs abgehandelt.

Doch was hat Claudia Roth dazu veranlasst, jetzt den Entwurf neuer Rahmenrichtlinien für die Erinnerungspolitik vorzulegen? Eine erste Vorstellung geben die Schwerpunkte, mit denen sie die bisherige Erinne-



Vom Nutzen und Nachteil der Historie für die Politik, hier: vom Nutzen – US-Präsident Biden und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bei den Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des D-Day, Saint-Laurent-Sur-Mer/Normandie, Juni 2024

rungskonzeption ergänzen will, um ein »gemeinsames Erinnern« zu ermöglichen.

Wenig überraschend spielen dabei die deutsche und die europäische Kolonialgeschichte eine besondere Rolle, wird doch hierüber seit einiger Zeit in Universitätsseminaren, in Feuilletons und auch auf politischer Ebene debattiert und gestritten. Erstaunlich ist allerdings, unter welchem Aspekt Roth das Thema aufgreift. Sie tut es nicht mit dem Ziel, die Rolle des Kolonialismus in der Geschichte und seine Auswirkungen auf die deutsche und europäische Gesellschaft und damit auch auf die Gegenwart herauszuarbeiten, sondern in der Absicht, mit den Ländern des Globalen Südens »gemeinsame Zukunftsvorstellungen« zu entwickeln. Diesem Sprung vom Gestern ins Morgen soll die Schaffung eines entsprechenden Lern- und Erinnerungsorts dienen. In gewisser Hinsicht reagiert Roth wie andere auch damit auf Machtverschiebungen in der Weltpolitik, wie sie ja schon in der spektakulär inszenierten Rückgabe einiger Benin-Bronzen zum Ausdruck kamen.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Darstellung der deutschen Nationalgeschichte als Erfolgsgeschichte, diesmal jedoch nicht einfach per »Einheitsdenkmal« als Symbol des Siegs im Kalten Krieg, sondern weiter ausholend und auf die zunehmenden gesellschaftlichen Widersprüche reagierend als »Emanzipationsgeschichte unserer Demokratie«. Hier nennt Roth zum Beispiel Kämpfe für Freiheit und Teilhabe, wie sie sich in der Einführung des Frauenwahlrechts oder der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts niedergeschlagen haben. Als Gegenpunkt setzt sie die Beschäftigung mit dem gegenwärtigen Rassismus und Antisemitismus.

Dem gemeinsamen historischen Verständnis und der gesellschaftlichen Integration soll auch die Behandlung von Themen dienen, die sich aus dem Verständnis Deutschlands als Einwanderungsgesellschaft ergeben, was unter anderem die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Ursachen für erlittene Traumata Immigrierter einschließt. Eine solche Erinnerungspolitik wird endgültig zum Versuch der Versöhnung aller Widersprüche – von Weizsäcker *at its best*. Genau dies ist neben der notwendigen kulturpolitischen Anpassung an weltpolitische Machtverschiebungen angesichts der vielfältigen gesellschaftlichen Desintegrationsprobleme auch der eigentliche Zweck der Sache.

Ein solcher Kessel Buntes ist nicht unbedingt jedermanns Geschmack. Deshalb hängt die Akzeptanz des neuen erinnerungspolitischen Ansatzes nicht zuletzt davon ab, ob die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ein solches Vorhaben richtig eingeschätzt werden. Das ist in verschiedener Hinsicht jedoch nicht der Fall. Wie kann man zum Bei-

spiel in einer von Frontex gesicherten Gesellschaft, die zudem ständig darüber nachsinnt, wie sich die Exklusionsregeln und Methoden ihrer Durchsetzung ohne Rücksicht auf die betroffenen Menschen weiter verschärfen lassen, zum Beispiel die Traumata von Geflüchteten – ergänzend! – zu einem Thema neben dem Holocaust und den anderen nazistischen Verbrechen gegen die Menschheit machen? Das ist gleich ein Doppelfehler.

Zwar ist es eine Binsenweisheit, dass im Wirtschaftsteil einer bürgerlichen Zeitung anders argumentiert wird als in ihrem Feuilleton, aber staatliche Erinnerungspolitik hat nichts mit dem Flair eines Feuilletons gemein, sondern sie ist ein Projekt zur ideologischen Strukturierung einer Gesellschaft. Deshalb scheitert das Roth-Vorhaben an diesem Punkt nicht nur an den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern auch an ihrem Griff in die falsche Schublade. Für die Probleme der Geflüchteten und Immigrierten ist die deutsche Gedenkstättengesetzgebung unter den gegebenen Bedingungen nicht der richtige Platz. Da gibt es andere Möglichkeiten. Besser dürfte hier etwa ein Engagement für Freizügigkeit – in den Zeiten des Kalten Krieges und der Berliner Mauer ein hochgeschätzter Begriff westlicher Freiheitsideologie – und für eine entsprechende Gesetzgebung passen. Doch das ist bekanntlich nicht Teil der Regierungspolitik.

Nicht zuletzt stehen hinter der Immigrationspolitik auch gesellschaftliche Gruppen und politische Strömungen – pro oder kontra. Auch wenn bestimmte Sichtweisen lediglich hintergründig oder scheinbar abseitig präsent sind, so hätte Claudia Roth wissen können, dass ihre Art von Traumatherapie in dieser Gesellschaft keineswegs auf große Zustimmung stoßen würde.

Das zeigt sich zum Beispiel an einem kurzen Einwurf, der in der »FAZ« unter dem beziehungsreichen Titel »Die Auslöschung der eigenen Kultur« erschien. Ausgehend von Leitbildern wie Identität, Selbstbestimmung und Wehrfähigkeit bemängelt der Autor Reinhard Müller, Deutschland sei ein Land, das seiner selbst nicht sicher sei, und diesem Mangel an Selbstbewusstsein leiste das Roth-Papier Vorschub. Denn es lasse im Dunkeln, woher »wir« kommen, was »wir« sind und was »wir« somit eigentlich verteidigen wollen. Damit bleibe auch unklar, in was sich Neuankömmlinge eigentlich eingliedern sollen.

Die Misere zeige sich beispielhaft an dem Versuch, sich der Geschichte der Deutschen im Osten zu entledigen. Deshalb lautet Müllers Geschichtsauftrag, »die genozidale Vertreibung von Millionen von Landsleuten« am Ende des Zweiten Weltkriegs zu thematisieren, wobei keine Untat verschwiegen werden dürfe. Diese Aktualisierung eines Altbestands deutscher Geschichtsideologie ist eine geschichtspolitische Schwer-

punktsetzung, die trotz des modernisierten Vokabulars auf die Tradierung revisionistischer Vorstellungen und spätestens mit der Gründung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung 2021 im großen und ganzen hätte abgearbeitet sein sollen. Merke: Traumatherapie geht auch anders.

Damit steht die »FAZ« jedoch keineswegs alleine. Im Magazin »Tichys Einblick«, am rechten Rand des sogenannten Rechtspopulismus angesiedelt, sorgt man sich auf ähnliche Weise um die »Geschichte der Deutschen«, und die AfD spricht mit Blick auf Roths Vorschläge gleich von der »Entnationalisierung der Erinnerungspolitik«. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag untermauert derlei »Sorgen« mit kleinen Anfragen.

Wirklich überraschen kann diese Reartikulierung von längst überwunden Geglaubtem nicht. Denn auf unterschiedliche Weise ist dieses seit Helmut Kohls Bemühungen um die Verkleisterung des Bruchs in der deutschen Nationalgeschichte immer präsent gewesen. Mit der Rekonstruktion des Hohenzollern-Schlusses in Berlin hat es sich sogar inklusive Inventar in einem Prunkprojekt des gesellschaftlichen Rollbacks materialisiert. In dieser Situation zeigt sich Roth nicht nur unfähig, ihr Projekt gesellschaft-

Dieser Kessel Buntes ist nicht jedermanns Geschmack

lich richtig zu plazieren, sondern sie liefert auch Stichworte für eine erinnerungspolitische Koalition, die sich gerade auf ihren Auftritt in einem neuen Stück Gesellschaftsgeschichte mit offenem Ausgang vorbereitet.

Ganz ähnlich misslingt Roth die Begründung der Aufnahme des Themas Kolonialismus in die offizielle Erinnerungspolitik. Allerdings sind hierbei die Konsequenzen noch schwerwiegender. Denn sie scheint tatsächlich der postkolonialen These anzuhängen, Erinnern allein sei ein Erkenntnisfaktor per se. Vermutlich deshalb hat sie es unterlassen, die mit dem Kolonialismus verbundenen Geschichtsverbrechen in die vorhandene Erinnerungsstruktur präzise einzuordnen. Aber aus einer Ergänzung solcher Art ergibt sich notwendigerweise eine Schwerpunktverschiebung. Sie ist in diesem Fall gerade deshalb brisant, weil im postkolonialen Denkansatz die hervorgehobene Bedeutung des Holocaust bekanntlich vehement in Frage gestellt wird.

Wenig überraschend, reagierten die etablierten Gedenkstätten mit scharfer Kritik. Sie sprachen von einem geschichtspolitischen Paradigmenwechsel und von Geschichtsrevisionismus, letztlich von einer Schwächung der »Erinnerungskultur«. Eine solche Kritik trifft nicht zuletzt deshalb,

weil die Übertragung postkolonialer Denkmuster auf die Gegenwart strukturell eine israelfeindliche Komponente hat und entsprechende politische Aktivitäten oft antisemitisch geprägt sind. Mag der Rothsche Versuch der Problemlösung damit auch spektakulär gescheitert sein, so befreit ihre richtige Kritik die Verantwortlichen für den riesigen Erinnerungsapparat nicht von der Pflicht, ihrerseits darüber nachzudenken, warum Rassismus, Antisemitismus und Faschismus nicht nur ein fester Bestandteil dieser Gesellschaft sind, sondern an Bedeutung sogar zunehmen.

Die Schärfe der Auseinandersetzung ließ es nicht zu, über sie hinwegzugehen oder ihre Austragung auf die lange Bank zu schieben. Deshalb lud das Staatsministerium die Vertreter der Gedenkstätten Anfang Juni zu einem Gespräch am Runden Tisch. Das Ergebnis war lapidar. Es bleibt, wie's aussieht, zunächst bei der alten Struktur der Erinnerungspolitik, an der Lösung der offenen Fragen zu »Rechtsextremismus und Digitalisierung« (!) werde man gemeinsam arbeiten, und daneben werde die Kulturstaatsministerin mit einem Kreis von Experten über die von ihr angestrebte Erweiterung der erinnerungspolitischen Agenda weiter beraten. Damit ist Roths Neuanfang zwar nicht vom Tisch, aber von der Tagesordnung genommen. Was aus ihm letztlich wird, kann heute niemand sagen. Dieses vorläufige Ergebnis ähnelt also auf verdächtige Weise dem des Habeckschen Versuchs einer »Wärmepumpenreform«.

Doch ein »Sie können es einfach nicht« würde das Problem unzulässig versimpeln. Denn was da zur Debatte stand, war lediglich der Versuch, auf die Ebene der politischen Beschlussfassung zu heben, was außerhalb der etablierten Institutionen längst selbstverständlich geworden ist. Einige zentrale Themen wurden erst gar nicht angesprochen. Dazu gehören zum Beispiel die wissenschaftlichen und erinnerungspolitischen Revisionen, die sich aus der Angleichung an die osteuropäischen Geschichtsvorstellungen ergeben und die im Gefolge des Ukraine-Kriegs weiter radikalisiert werden. Die D-Day-Feiern Anfang Juni haben hierfür ein anschauliches Bild geliefert. Insofern schließt sich das Zeitfenster für eine Politik à la Claudia Roth vielleicht schon bald, und dann geben die angesprochenen Protagonisten einer uneingeschränkten deutschen Nationalgeschichte den Ton an. Wie auch immer – einer Erinnerungspolitik, die der Maxime »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« oder Adornos antifaschistischem Imperativ gerecht wird, entsprechen beide Varianten nicht. ●

Rolf Surmann schrieb in konkret 6/24 über Erinnerungspolitik unter dem Vorzeichen des Ukraine-Kriegs